

ULRICH MENZEL

Theorie und Praxis des chinesischen Entwicklungsmodells.

Ein Beitrag zum Konzept autozentrierter Entwicklung.

Westdeutscher Verlag, Opladen, Studien zur Sozialwissenschaft, Band 38, 1978, 788 Seiten.

Angesichts der von den Reformpolitikern unter Deng Xiaoping und Zhao Ziyang mit Macht vorangetriebenen wirtschaftlichen Modernisierung der Volksrepublik China und der seit dem Tod Mao Zedongs und dem Sturz der „Viererbande“ in atemberaubendem Tempo vollzogenen Öffnung des Reiches der Mitte zum Westen erscheint eine Studie, die in China den exemplarischen Fall eines „autozentrierten“ Entwicklungsweges sieht, auf den ersten Blick anachronistisch. Ulrich Menzel, der sein Manuskript im August 1977 abschloß, schreibt im Vorwort: „Die VR China ist eines der wenigen unterentwickelten Länder, die bisher in konsequenter Weise einen Entwicklungsweg abgelehnt haben, der auf die ‚Vorteile‘ internationaler Arbeitsteilung, ausländische Direktinvestitionen und ‚Modernisierung‘ nach abendländischem Muster baut“ (S. 15).

Das Bild eines Musterbeispiels autozentrierter Entwicklung wird indes von der tatsächlichen Entwicklung überschattet. Das vom Nationalen Volkskongreß am 1. Juli 1979 verabschiedete Gesetz über Gemeinschaftsunternehmen („Joint Ventures“) gestattet ausländische Investitionen in der Volksrepublik China – bei garantiertem Gewinntransfer. Chinesische Ökonomen heben heute offen die komparativen Kostenvorteile Chinas auf dem Weltmarkt (reichlich vorhandene Arbeitskraft, niedrige Löhne) hervor. In zentralen Industriesektoren (Stahl, Chemie, Petrochemie, Kunstdünger) werden schlüsselfertige Fabrikanlagen höchsten technologischen Niveaus importiert, die zunehmend mit ausländischen Krediten finanziert werden. Deutsche „bürgerliche“ Wirtschaftswissenschaftler beraten die chinesische Regierung neuerdings bei der Erstellung ihrer Wirtschaftspläne. Hält man sich dies alles vor Augen, muß der Versuch von Dieter Senghaas, die Wirtschaftspolitik der neuen chinesischen Führung nicht als einen Bruch mit dem überkommenen Entwicklungsweg, sondern als dessen „Dynamisierung“ zu deuten, Verwunderung hervorrufen¹.

Der Rezentsent ist im Unterschied zu Senghaas der Meinung, daß der jetzige Kurs in der Tat einen deutlichen Bruch mit wesentlichen Elementen der chinesischen Wirtschaftspolitik, insbesondere der Betonung eigenständiger Entwicklung (self-reliance) bedeutet. Immerhin konstatiert auch Menzel schon für den Anfang der siebziger Jahre angesichts des wachsenden Imports von Industrieanlagen, „daß das Prinzip des Vertrauens auf die eigene Kraft, wie in den 60er Jahren konsequent verfolgt, doch einige Löcher bekommen hat“ (S. 606). Zumindest in den Bereichen Chemie und Petrochemie habe ein „massiver Technologietransfer aus dem Westen“ stattgefunden und sei „nicht nur selektiv importiert“ worden (ebd.). Nun sollte nicht voreilig die Beispielhaftigkeit des chinesischen Entwicklungsweges und die Frage seiner Übertragbarkeit auf andere Länder der Dritten Welt als erledigt ad acta gelegt werden. China war schon des öfteren für Überraschungen gut, und eine Revision des neuen Kurses ist immerhin denkbar. Der Rezentsent will nur andeuten, daß er den Wert der Menzel-Studie nicht so sehr in der aktuellen politischen Bedeutung der entwicklungstheoretischen Fragestellung sieht, sondern in der sorgfältigen und systematischen Aufbereitung um-

¹ Dieter Senghaas, Kontinuität und Wandel in der chinesischen Entwicklung. Der Modernisierungskurs im Lichte der Theorie autozentrierter Entwicklung, in: Internationales Asienforum, 11 (1980), Nr. 1/2, S. 45–59, hier S. 56. vgl. auch D. Senghaas, Wo steht China? – Wohin bewegt sich China? in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 24. Februar 1979, S. 21–30, und D. Senghaas, New Deal in China – Break or Continuity in Policies? in: D+C, Development and Cooperation, 4/79, S. 25–26. Vgl. ebenfalls Wolfgang Klunner, Die industrielle Organisation in der VR China. Neubeginn oder Rückgriff auf alte Konzepte? in: Wirtschaftsdienst (Hamburg), 59 (1979), Heft 9, S. 460–465.

fangreichen empirischen Materials, die dem Werk in der deutschsprachigen wirtschafts- und sozialgeschichtlichen China-Literatur einen hervorragenden Platz zuweist.

Menzels Untersuchung entstand im Rahmen des von der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung geförderten Forschungsprojektes „Strategien zur Überwindung peripherer Gesellschaftsformationen“. Ziel der Forschungsgruppe unter Leitung von Dieter Senghaas war die Analyse sozialistischer Länder, die einen eigenständigen Entwicklungsweg eingeschlagen hatten. Neben der VR China waren dies Albanien, Kuba und Nord-Korea (vgl. hierzu das Vorwort von Dieter Senghaas).

Menzel gliedert seine Arbeit in drei große Teile:

I. Stagnation und Unterentwicklung im vorrevolutionären China

Zentrale Kategorie für die Erklärung der Stagnation der traditionellen chinesischen Gesellschaft ist die auf den Marxschen Begriff der Asiatischen Produktionsweise (APW) zurückgehende „asiatische Form der tributgebundenen Gesellschaftsformation“ (in Anlehnung an Samir Amin). Menzel charakterisiert China als einen „bürokratischen Staat“, dessen soziale und wirtschaftliche Grundlage die Landwirtschaft bildete. Bodenzersplitterung und fehlende Investitionsmittel aufgrund hoher Agrarsteuer und Pachtabgaben führten zu einer Stagnation der Agrartechnologie. Das Fehlen eines nationalen Binnenmarktes sowie die Monopolstellung des Staates bei einzelnen Massenkonsumgütern nahmen dem ländlichen Großgrundbesitz (der „Gentry“) Investitionsmöglichkeiten. Die gesellschaftlichen Überschüsse seien von Bürokratie und Gentry daher überwiegend unproduktiv verbraucht worden. Menzel tendiert hier wie an anderen Stellen zu einer ökonomistischen Interpretation². Die Tatsache, daß die Händlertätigkeit im konfuzianischen China am unteren Ende der sozialen Stufenleiter rangierte, wird von Menzel nicht angemessen gewürdigt, obwohl auch er ein „subjektives Nicht-Investieren-Wollen“ einräumt (S. 637). Menzel betont zu Recht die „ergänzende Interessenlage“ (S. 98) von Bürokratie und Gentry. Die Beamtenschaft rekrutierte sich über die staatlichen Prüfungen, die formal jedermann offenstanden, deren langwierige Vorbereitung jedoch erhebliche finanzielle Mittel voraussetzte, vorwiegend aus den Reihen der Gentry³. Umgekehrt erwartete die Familie bzw. der Clan des erfolgreichen Prüflings, daß dieser die mit seinem Amt verbundenen Möglichkeiten der Einflußnahme und materiellen Begünstigung ganz in den Dienst der Familie stellte.

Obwohl sich das kaiserliche China der Expansion des westlichen Imperialismus im 19. Jahrhundert politisch und militärisch nicht gewachsen zeigte, ist es zu einer völligen Durchdringung Chinas nicht gekommen, konnte sein Herabsinken auf den Status einer Kolonie verhindert werden. Menzel beschreibt anschaulich, daß nur wenige Provinzen in den kapitalistischen Weltmarkt integriert wurden, während das agrarische Hinterland von den Aktivitäten der Ausländer nahezu vollständig unberührt blieb. Schwerpunkte der industriellen Tätigkeit waren die Vertragshäfen. Der eklatante Gegensatz zwischen dem modernen Sektor

² Dieser Vorwurf ist schon an anderer Stelle erhoben worden. Vgl. die Besprechung von Heiner Dürr in: DGFK-Informationen 1/79, S. 39–45.

³ Zur Frage, inwieweit das staatliche Prüfungssystem im kaiserlichen China den sozialen Aufstieg zu fördern vermochte, vgl. die Kontroverse zwischen Kracke und Wittfogel im Harvard Journal of Asiatic Studies: E. A. Kracke, Jr., Family vs. Merit in Chinese Civil Service Examinations Under the Empire, in: Harvard Journal of Asiatic Studies, 10 (1947), S. 103–123; Karl August Wittfogel, Public Office in the Liao Dynasty and the Chinese Examination System, ebenda, S. 13–40. Vgl. auch J. M. Menzel (ed.), The Chinese Civil Service: Career Open to Talent? Boston 1963, sowie Wolfgang Franke, The Reform and Abolition of the Traditional Chinese Examination System, Cambridge, Mass. 1963.

der chinesischen Wirtschaft, der sich auf die Regionen Shanghai, Canton/Hongkong und die Südmandschurei konzentrierte (vgl. Schaubild 9, S. 235), und dem agrarischen Hinterland bestimmte auch die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts.

II. Entwicklungspolitische Konzeptionen vor dem Hintergrund des innerparteilichen Linienkampfes

Die ersten Jahre nach Gründung der Volksrepublik China sahen eine fast totale Übernahme des sowjetischen Industrialisierungsmodells durch die chinesische Führung. Dies bedeutete die Konzentration aller Ressourcen auf die Schwerindustrie. Während des 1. Fünfjahresplans (1953–57) entfielen 45,5 % der staatlichen Investitionen auf den Industriesektor und davon wiederum 85 % auf die Schwerindustrie, während nur 7,6 % in den Agrarsektor flossen (vgl. S. 264). Über den Staatshaushalt fand ein „massiver Transfer“ von Überschüssen aus der Landwirtschaft in die Schwerindustrie statt; Maßnahmen zur Produktivkraftentfaltung der Landwirtschaft wurden hingegen zurückgestellt. Die Übernahme des sowjetischen Industrialisierungsmodells konnte ganz offensichtlich das fundamentale chinesische Agrarproblem nicht lösen, sie trug vielmehr zu dessen Verschärfung erheblich bei. Für Menzel ist Chinas Konflikt mit der Sowjetunion von daher „vor allem ein Konflikt über das Entwicklungsmodell und die Theorie der Übergangsgesellschaft“ (S. 294).

Im Gegensatz zum sowjetischen Modell legten die Entwicklungspolitischen Konzeptionen Mao Zedongs das Schwergewicht auf die Agrarpolitik, so wie sie während der Yanan-Phase praktisch erprobt worden war. Im Zentrum dieser Politik standen:

1. eine Senkung der Pacht zur finanziellen Entlastung der Bauern;
2. eine gemäßigte und schrittweise Durchführung der Bodenreform;
3. Anstrengungen zur ländlichen Produktionssteigerung sowie
4. der Aufbau von Kooperativen.

Für Mao war die Verbesserung der materiellen Lage der Bauern die Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Die armen und mittleren Bauern bildeten somit die soziale Basis seiner Entwicklungskonzeption. Sie waren das eigentliche revolutionäre Subjekt einer unterentwickelten traditionellen Agrargesellschaft. Mao vernachlässigte allerdings, so Menzel, die gesellschaftlichen Widersprüche des modernen industriellen Sektors, wie er sich als Folge des Eindringens ausländischen Kapitals in den Küstenstädten entwickelt hatte.

Dagegen betonte die „liuistische“ Entwicklungskonzeption (Menzel fasst hierunter die Vorstellungen des langjährigen Staatsoberhauptes Liu Shaoqi und ihm nahestehender Politiker und Ökonomen) die auch für China geltende revolutionäre Führungsrolle der Arbeiterklasse und die Bedeutung des modernen industriellen Sektors der Wirtschaft. Gegen die maoistische Politik des „Großen Sprungs“, die China in den Jahren 1958–60 an den Rand der wirtschaftlichen Katastrophe führte, setzten liuistische und „bürgerliche“ chinesische Ökonomen die Theorie des „gleichgewichtigen Wachstums“. Der Vorrang der Schwerindustrie, wie er in der Kleinhochofenkampagne zum Ausdruck gekommen war, wurde zugunsten von Gleichgewichtsbeziehungen zwischen Produktionsgüter- und Konsumgüterindustrie sowie Landwirtschaft fallengelassen. Die Landwirtschaft als Lieferant der Lebensmittel und industrieller Rohstoffe bildete, wie es von nun an hieß, die „Grundlage“ der Wirtschaft, die Industrie den „führenden Faktor“ (vgl. S. 402 f.). Das maoistische Modell, resümiert Menzel, bevorzugt „mit seiner Konzeption von Dezentralisierung, regionaler Autarkie, Einkommensnivellierung und dem Vertrauen auf die eigene Kraft die Ökonomie

des Hinterlandes und damit die Masse der Bauern, während das liuistische Modell qua Zentralisierung, Arbeitsteilung, Einkommensdifferenzierung, Vertrauen auf Experten und Ausbildung von qualifizierten Kopf- und Handarbeitern die Ökonomie der modernen Städte und damit die Industriearbeiter und Intellektuellen, also die Manager, Wissenschaftler, Bürokraten, Parteiführer und Offiziere in erster Linie an der wirtschaftlichen Entwicklung teilnehmen läßt.“ (S. 433).

III. Die Praxis des chinesischen Entwicklungsmodells

Zu Recht sieht Menzel in der Überwindung der Stagnation im traditionellen (agrarischen) Sektor die „Conditio sine qua non jeder Entwicklungsstrategie“ (S. 437) für China. Die politischen Ziele der Agrarreform (1949–52), nämlich Mobilisierung der Bauern und Verbesserung des bäuerlichen Lebensstandards, konnten erreicht werden. Ökonomisch profitierte von der Agrarreform zunächst allerdings hauptsächlich der schwerindustrielle Sektor, in dem der aus dem agrarischen in den staatlichen Sektor transferierte Surplus zum überwiegenden Teil investiert wurde (vgl. S. 474–78). Kollektivierung (1956) und Kommunisierung (1958/59) der Landwirtschaft führten zu einer erheblichen Ausweitung sowohl der Zahl der eingesetzten Arbeitskräfte als auch der jährlichen Arbeitszeit. Der Agraroutput konnte so beträchtlich gesteigert werden (besonders wichtig: die Erhöhung der Getreideproduktion von 124,7 Mio. Tonnen 1950 auf 205 Tonnen 1958!); die Arbeitsproduktivität pro Arbeitstag sank gleichzeitig jedoch beträchtlich.

Nachdem das 10. Plenum des 8. ZK im September 1962 die „Vier Transformationen“ für die Landwirtschaft verkündet hatte, setzte 1963 die Mechanisierung der Landwirtschaft ein. Laut Menzel kann dieses Datum als der Beginn der „Grünen Revolution“ in China angesehen werden. Im Gegensatz zu Agrarentwicklungsstrategien in anderen Entwicklungsländern sieht Menzel für China folgende entscheidende Vorteile:

1. Mit den Volkskommunen sei in China der institutionelle Rahmen geschaffen worden, der die Organisation, Finanzierung und Durchführung der Grünen Revolution erst ermöglicht habe.
2. Nur das unterhalb der Ebene des zentralen Plans weitgehend auf kollektive Weise verwirklichte Konzept der Agroindustrialisierung sei in der Lage, auf lokale Ressourcen, natürliche Bedingungen, Bedürfnisse und Fertigkeiten flexibel zu reagieren und ermöglicht so ein den sozialen und ökonomischen Erfordernissen angepaßtes Vorgehen bei der Modernisierung der Landwirtschaft (vgl. S. 502).

Allerdings müsse festgestellt werden, daß die einfache Technologie der kollektiven Agrobetriebe zwar die Flächenproduktivität gesteigert habe, ohne jedoch einen Durchbruch bei der Arbeitsproduktivität erreichen zu können.

Hinsichtlich der Entwicklung des modernen industriellen Sektors habe das an der Sowjetunion orientierte Industrialisierungskonzept mit der Konzentration auf den schwerindustriellen Sektor die Grundlage für die Industrialisierung der VR China geschaffen. Entscheidend sei aber, und dies mache „die Logik der chinesischen Variante der sozialistischen Industrialisierung aus“, daß „sehr rasch und konsequent der Übergang zu einem Industrialisierungsmodell vollzogen wurde, das die Landwirtschaft zum Ausgangspunkt nimmt.“ (S. 609).

Menzel konstatiert folgende Resultate „autozentrierter Entwicklung“ in der Volksrepublik China:

1. Das reale Pro-Kopf-Wachstum des BSP in der VR China zwischen 1952 und 1974 habe mit 3,3 %-4,4 % (je nach Berechnungsgrundlage) über dem der europäischen Länder Großbritannien, Frankreich und Deutschland, aber auch der USA und Japans zu Beginn ihrer Industrialisierung gelegen und reiche an die Wachstumsraten der Sowjetunion in den Jahren 1928-1958 heran. Gleiches gelte für die Zunahme der Agrarproduktion pro Kopf der Bevölkerung (vgl. S. 615 ff.).
2. Obwohl nach wie vor ca. 80 % der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft tätig seien, sei der Anteil der Landwirtschaft am Sozialprodukt von 65 % 1933 auf 25 % 1974 gesunken, während gleichzeitig der Anteil der Industrie von 15,7 % auf 52,1 % zugenommen habe (S. 619).
3. Die Anfang der 50er Jahre beabsichtigte starke regionale Dezentralisierung der Industrie sei primär aus ökonomischen Effektivitätserwägungen seit Mitte der 60er Jahre wieder aufgegeben worden. Als Erfolg müsse allerdings schon gewertet werden, daß ein Anwachsen der Kluft zwischen entwickelten und rückständigen Provinzen vermieden werden konnte (S. 634).

In zwei Punkten ist Menzel bei der Bewertung der unbestrittenen Erfolge des chinesischen Entwicklungsmodells allerdings zu widersprechen. Eine „Verslummung der Städte“ (S. 621) konnte in China zwar dank einer effektiven Geburtenkontrolle und des Aufbaus dezentralisierter Industrien vermieden werden, eine Vollbeschäftigung in den Städten wurde jedoch keineswegs erreicht. Insbesondere die Rückkehr Tausender aufs Land geschickter Jugendlicher hat das Problem der Arbeitslosigkeit in den chinesischen Städten akut werden lassen. Zum zweiten ist es keineswegs so, daß die infrastrukturellen Voraussetzungen für eine Erschließung des Binnenmarktes „weitgehend abgeschlossen“ (S. 646) worden sind. Infrastrukturinvestitionen haben in der gegenwärtigen Modernisierungspolitik eine hohe Priorität, da zahlreiche Industrieprojekte ohne die notwendigen Transportkapazitäten und ohne die Sicherstellung der Energieversorgung nicht zu realisieren sind.

Der überaus positive Gesamteindruck, den die Menzel-Studie vermittelt, wird nur in wenigen Punkten etwas getrübt. So ist zu bedauern, daß Menzel bei der Transkription der chinesischen Namen und Begriffe die traditionelle Wade-Giles-Umschrift statt des inzwischen gebräuchlichen Pinyin benutzt hat. Mit der offiziellen Einführung der chinesischen phonetischen Lautumschrift (Hanyu Pinyin) durch den chinesischen Staatsrat Anfang 1979 (nach Erscheinen von Menzels Arbeit also) wurde ein entscheidender Schritt zur längst überfälligen Vereinheitlichung der Lautumschrift des Chinesischen getan. Für Menzel, der sich als Nicht-Sinologe neben chinesischen Quellen in europäischen Sprachen ganz auf westliche Sekundärliteratur stützen mußte, bot sich die Verwendung des Wade-Giles-Systems, das bis dato von den weitaus meisten westlichen Autoren benutzt wurde, allerdings wohl zwingend an.

Einige kleinere Unstimmigkeiten seien abschließend noch erwähnt. Die richtige deutsche Schreibweise des vom japanischen Besatzungsregime Anfang der 30er Jahre in der Mandschurei errichteten Satellitenstaates ist „Mandschukuo“ (S. 132 und passim). Der innerparteiliche Konflikt um den richtigen Weg beim Aufbau des Sozialismus in China kann schlecht „in der VR China seit Ende der 20er Jahre ununterbrochen im Gange“ sein, da diese erst im Jahre 1949 gegründet wurde. Gemeint ist vermutlich die Kommunistische Partei (KP) Chinas (S. 241). Tabelle 72 (S. 392) gibt das BSP der VR China irrtümlich in Mio. US-\$ an. Die richtige Einheit ist Mrd. US-\$. Tabelle 73 (S. 398) wiederum mißt das BSP pro Kopf (!) ebenfalls in Mio. US-\$. Gemeint sind sicherlich schlicht US-\$.

Dies sind kleine, im Gesamtrahmen der Arbeit nicht ins Gewicht fallende Flüchtigkeiten. Mit der Studie von Menzel liegt eine Arbeit vor, die in der Politikwissenschaft bereits die ihr gebührende Anerkennung gefunden hat, die mit ihrer Informationsfülle und anregenden theoretischen Fragestellung aber auch für künftige sinologische Untersuchungen Maßstäbe setzt.

Matthias Naß

ELISABETH CROLL

Feminism and Socialism in China

Routledge & Kegan Paul, London, Henley and Boston, 1978, 363 S., £ 3.95

Jedem, der sich auch nur peripher mit China beschäftigt, ist über chinesische Frauen zweierlei bekannt: der grausame Brauch früherer Zeiten, kleinen Mädchen die Füße einzuschnüren als körperliche Manifestation ihrer Unterwerfung, und die Vision der heldenhaften Chinesin auf dem Hochspannungsmast. Es sind diese beiden Extreme, die in der zweitausendjährigen Geschichte der Frauen Chinas faszinieren.

Dahinter aber steckt mehr, nämlich eine – vom Westen lange erfolgreich ignorierte – chinesische Frauenbewegung, die sich sehr wohl in die Reihe der Errungenschaften unseres „Jahrhunderts der Emanzipation“ einordnen lässt. Elisabeth Croll gelingt es in ihrem Buch „Feminism and Socialism in China“, den geduldigen und unspektakulären Kampf chinesischer Frauen als Teil der politischen Geschichte Chinas lebendig werden zu lassen. In einzelnen Kapiteln schildert sie die Stationen der Frauengeschichte: Da gab es kurz vor der Jahrhundertwende die ersten Proteste gegen die Sitte des Fußesbindens, geäußert von chinesischen Reformern. Es wurden Vereinigungen gegen das Fußesbinden gegründet, deren Mitglieder sich verpflichteten mußten, weder ihren Töchtern die Füße zu binden noch ihren Söhnen zu gestatten, Mädchen mit verkrüppelten Füßen zu heiraten. Diese Vereinigungen waren initiiert von fortschrittlichen Männern, die die Bewegungsunfähigkeit und Schwäche der chinesischen Frauen in Zusammenhang brachten mit der Schwäche der ganzen Nation, die nach der Niederlage Chinas im Krieg gegen Japan 1894/95 besonders deutlich geworden war. Als offensichtlichsten Ausdruck der schandbaren Behandlung der Frauen mußten sie natürlich das Verkrüppeln der Füße anprangern, das ihnen als Verhöhnung der Zivilisation, die sie anstrebten, erschien. Das Schicksal der chinesischen Frauen wurde also zunächst von reformbewußten Männern aufgegriffen, denen die Stärkung Chinas für den internationalen Wettbewerb am Herzen lag. Die Frauen selbst blieben in diesem Stadium ihrer Befreiungsbewegung passiv.

Die Bildungslosigkeit und Unwissenheit der chinesischen Frauen, jahrhundertelang als konfuzianische „Tugend“ gepriesen, war ein zweites Hindernis auf dem Weg der inneren Reform. Westliche Missionare waren die ersten, die in China Schulen für Mädchen gründeten. Diese Schulen waren nicht groß, auch nicht sehr zahlreich, dennoch boten sie erste Gelegenheiten zur Kommunikation und zum Informationsaustausch unter den bislang völlig in ihren Frauengemächern isolierten Mädchen und Frauen. Die Bildungsinhalte waren natürlich bestimmt vom christlichen Sendungsbewußtsein ihrer Vermittler und in ihrer Intention sicherlich nicht umstürzlerisch; ihre Radikalität lag allein darin, daß mit diesem Beginn einer institutionalisierten Schulbildung für chinesische Mädchen der jahrhundertealten konfuzianischen Tradition der Kampf angesagt wurde.

Die Reformvorhaben scheiterten, und China konnte nur noch durch die radikale Änderung der Staatsform gerettet werden. Der Sturz der Monarchie wurde unausweichlich. Nun endlich begannen die Frauen aus der passiven Rolle des politischen Objekts zu schlüpfen und